



Bericht zum Business-Lunch vom 29.11.2011

Schwierige Energie-Zukunft der Schweiz

Für ihren Business-Lunch vom 29. November 2011 lud die Handelskammer Finnland-Schweiz einen Kenner der schweizerischen Energie-Politik ein. Philipp Stähelin vertritt als Ständerat noch bis Ende der Dezembersession den Kanton Thurgau. Als früherer Staatsschreiber und dann als Regierungsrat sowie als früherer Präsident der CVP Schweiz hatte er beruflich und politisch mit Energiefragen zu tun, zudem präsidierte er 2006 bis 2010 den Verwaltungsrat der Axpo AG und ist heute noch Mitglied des Verwaltungsrats des KKW Gösgen.

Stähelin positionierte sich klar als Skeptiker des Atomverzichts, den unser Bundesrat postuliert hat. Die dadurch nötige Umstrukturierung der schweizerischen Energiepolitik wird uns noch einige Sorgen bereiten. Bundesrätin Doris Leuthard hat einen „Beirat“ geschaffen, der Anstösse für eine Energie-Strategie bis 2050 liefern soll. Stähelin ist in dieses Gremium berufen worden, ist sich aber der Schwierigkeiten dieses Auftrags bewusst. Zwar wurde der Ausstieg beschlossen, doch stehen wir schon heute, da die A-Werke noch liefern, vor einer namhaften Stromlücke! Doch die dramatischen Ereignisse in Japan haben das politische Umfeld völlig verändert. Eine grosse Rolle spielten dabei die Medien, welche die Schreckensmeldungen laufend live in unsere Haushaltungen lieferten. Neue Betriebsbewilligungen für A-Werke dürften politisch kaum noch durchsetzbar sein, die aktuellen laufen 2034 aus. Wie der heute ca. 40% betragende Anteil der A-Werke am schweizerischen Stromverbrauch ersetzt werden soll, bleibt unbeantwortet. Die Sparappelle – man erinnere sich an Bundesrat Ogi's Ei-Kochkünste vor 20 Jahren – haben nie einen Rückgang des Verbrauchs gebracht; alternative Produktionsarten scheinen die Lücke kaum schliessen zu können. Also müssten wir die Importe erhöhen – und aus welcher Produktionsweise käme dieser Strom? Entwicklung und Erforschung erneuerbarer Energiequellen werden zwar vorangetrieben, doch sind kaum Steigerungen

im erforderlichen Mass in Sicht. Die Realität ist, dass wir unseren Stromverbrauch seit 1970 verdoppelt haben, allein 2010 war eine Steigerung von 4% zu verzeichnen.

2014 laufen die Importverträge mit Frankreich aus. Deutschland wird aufgrund seines A-Stop-Entscheids die Importe auch steigern wollen. Alternative Produktionsmethoden werden aber teils das Problem des CO₂-Ausstosses vergrössern. Wir stehen zudem vor einem dringenden Investitionsbedarf für die teils veralteten Transportnetze – doch wer soll dazu das Geld aufbringen?

Stähelin weist zudem darauf hin, dass mit dem Verzicht auf die A-Werke unserem Land ein Know-how-Verlust droht; Kernphysiker werden schon heute rar. Dem Ausbau der Wasserkraftwerke sind Grenzen gesetzt, auch hier meldet sich politischer Widerstand.

Auf Bundesebene sind dringend klare rechtliche Grundlagen zu schaffen, um wieder Investitionssicherheit zu erlangen. Entscheide des Bundesrates sollen noch vor Jahresende fallen, eine bundesrätliche Botschaft wird für Mitte 2012 erwartet. Von grüner Seite ist zudem eine Initiative pendent, die den unverzüglichen A-Ausstieg fordert, allerdings ohne Ratschläge, wie dieser Ausfall zu kompensieren sei.

Knappheit bewirkt Preisanstieg. Ein solcher könnte unsere Wirtschaft in namhafte Kalamitäten bringen. Sicher ist, dass unsere Abhängigkeiten steigen werden, womit auch politische Probleme verquickt sind. Wer sitzt an welchem Schalter? Und welchen Preis fordert er, um den Schalter für uns umzulegen? Eigentlich müssten wir anstreben, möglichst viele Optionen offen zu halten! Sicher ist, dass die internationalen Verbundnetze noch an Bedeutung gewinnen.

Tröstlich war die Botschaft Stähelins nicht. Tröstlich ist höchstens, dass es noch Politiker gibt, die den Realitäten in die Augen schauen – doch können sie sich noch durchsetzen?

Hans Ulmer